

Der Satz vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Anstellung 2,75 M., bei halbjährlicher Anstellung 5,00 M., ausd. Aufstellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter 'Saale-Zeitung' eingetragen. Für unterlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Anzeigen nur mit Druckentwurf: 'Saale-Ztg.' gefaltet. Fernsprecher der Zeitung Nr. 2535; der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Druckereigebäude (Markt 4) Nr. 2265.

# Saale-Zeitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Bg., solche aus Halle mit 20 Bg., berechnet und in der Geschäftsstelle, von weiteren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Kleinanzeigen die Seite 75 Bg. Ercheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, (sonst zweimal täglich). Schriftleitung und Druckerei-Geschäftsstelle: Halle, am Bauhausplatz 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 119.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 11. März

1905.

## Politische Wochenschau.

Die sozialpolitische Debatte im Reichstag nahm in der abgelaufenen Woche ihren Fortgang. Staatssekretär Graf Wolowitsch entwickelte in großräuiger Rede ein Programm zur Vereinfachung der drei großen Reichsversicherungsarten und zur Schaffung eines gemeinsamen Unterbaues für die deutschen sozialpolitischen Arbeiter-Berufsgenossenschaften. Er fand mit seinen Darlegungen innerhalb und außerhalb des Reichstages allgemeinen Beifall. Abg. Dr. Spahn vom Zentrum ermutigte den Staatssekretär in einer zustimmenden Erklärung zu der neuen reformatorischen Tätigkeit. Im Laufe der Debatte empfahl Dr. Wugdan, die Studierenden der Medizin mit der Arbeiterausbildung bekannt zu machen und beklagte, daß das Wolowitsch'sche Reformwerk wieder eine Fülle neuer Beamter über Deutschland ergießen werde. Das wird allerdings unvermeidlich sein, ist aber kein Grund, sich gegen die Reform einzunehmen zu lassen. Einen bedeutsamen Fortschritt würde man darin erblicken müssen, wenn in Verbindung mit der Wolowitsch'schen Reform auch ein neuer Stab höherer Beamten aus den Volkswirtschaftlern gebildet würde, für die es bis jetzt leider eine Karriere im Reichs- und Staatsdienst noch nicht gibt. Auch auf den steigenden Wert der Konflikte mit den Krankenkassen erwiderten sich die Wugdan'schen Ausführungen, die den Sozialdemokraten manchen Schönheitsfehler nachweisen. Der Antrag Kiser zur Errichtung eines Reichs-Arbeitsamts wurde auf Antrag Trimbom der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Die Treuhandstellen Anträge, einige bezüglich der Haftung des Tierhalters, die bäuerliche Bevölkerung belastende Bestimmungen zu mildern, gingen an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Dem Nachtragsentwurf zum Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn, der das Datum des Inkrafttretens auf den 1. März festsetzt, wurde in erster und zweiter Lesung zugestimmt, ebenso der auf die Handelsrichter Bezug nehmenden Änderung des § 113 des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Gewährung von Sonntagstube an die Standesbeamten. Ein Hebräer der Linken beiführte, daß die Kinderbeschäftigung dadurch wirksamer zu machen, daß man die Lehrer und Schulen zur Aufsichtigung benutzte. Jubel begründete einen sozialdemokratischen Gegenentwurf, der fordert, Arbeitgeber, die den Gebrauch des Realisationsrechts durch Arbeiter maßregeln an illusorisch machen, mit drei Monaten Gefängnis zu bestrafen. Weitere Anträge betrafen die Sonntagsernte, die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit und den Schutz der Bauarbeiter. Die fremdländischen und polnischen Anträge auf Neueinstellung der Reichstagswahlkreise wurden von dem mit der Rechten verbündeten Zentrum abgelehnt, desgleichen ein Antrag Paasche, der die Materie der Regierung zur 'Erwägung' hatte überweisen wollen. Im vorausgehenden Abgeordnetenhaus kam nach der Genehmigung des Antrags des Reichstages und des Staats der Bauverwaltung der Eisenbahnen zur Erörterung. Minister v. Budge erklärte die Reichsbetriebsmittel-Gemeinschaft für gefährdet. Nur die Personalreform muß seinen Schritt von der Stelle. In der mehrere Sitzungen umfassenden Debatte wurden außer zahlreichen lokalen Wünschen zum Ausbau des Eisenbahnnetzes und betreffs Entlegung neuer Zugverbindungen mehrere Anträge zur Reform des Eisenbahnenpersonals beprochen. Minister Budge gab eine Reihe neuer Schnellzugverbindungen bekannt. Wegen seiner Arbeiterfürsorge, die sich darin zeigt, daß er das Spital der Arbeiterauschüsse über das ganze preussische Staatsgebiet ausdehnen will, wurde er lebhaft beglückwünscht.

In der Budget-Kommission des Reichstages trug sich ein bemerkenswerter Vorgang zu. Angeblich wegen der leghin bekannt gewordenen Äußerungen des deutschen Kaisers über den Ultramontanismus — daß dies der wahre Grund sei, glauben wir nicht — hat das Zentrum die von der Regierung geforderte Vermehrung der Kavallerie auf 510 Eskadrons abgelehnt. Es wollte nur 500 Eskadrons bewilligen. Bei der Abstimmung über die letztere Ziffer stimmten indes die Rechte und die Nationalliberalen vereint mit der Linken gegen das Zentrum, so daß die ganze Position fiel, und nun die gesamte Kavallerie selbstverständlich nicht bewilligt ist. Natürlich ist diese Abstimmung nicht entscheidend. Es wird eine zweite Lesung nötig, zu der bereits das Zentrum seine Kandidatur durch einen von ihm eingebrachten Antrag befördert hat. Der Spekulation des Zentrums, bei dieser Gelegenheit wieder etwas für den Ultramontanismus herauszubekommen, ist im nationalen Interesse ein gründliches Verschlagen zu wünschen. Die Abfertigung von zwei Batterien Fußartillerie wurde in der Kommission genehmigt, desgleichen das Friedenspräsenzgesetz mit der geforderten Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses führte ihre Etatsberatung in verhältnismäßig kurzer Frist zu Ende.

Nicht nur die deutschen Universitäten haben über das beabsichtigte Zuneimen der ultramontanen Propaganda zu klagen, sondern auch in das deutsche Heer dringt nun schon das ultramontane Absonderungsdenken ein. Mit Entschiedenheit muß solchen parteipolitischen Zerlegungsstendenz entgegen getreten werden. Ein neuer voll ultramontaner Hochschulboom, ein Seitenhieb zu dem Fall Farnet ist im einschlagendsten Landesausdruck zur Sprache gekommen, wo der Abgeordnete Wilmontal bekannt gab, daß der Pfandhof von Langenberg in Vöhringen durch den Bischof von Wies seit 15 Jahren mit dem Interdikt belegt ist. Und

dabei magt sich das Zentrum im Reichstage mit Toleranzanträgen hervor. In der Tat, eine bessere Illustration ultramontaner 'Toleranz' läßt sich kaum bringen als diese Befämpfung über den Tod hinaus.

Die zweite preussische Vergebungsnovelle ist dem Abgeordnetenhause dieser Tage zugegangen. Zwar werden nicht alle Forderungen der Arbeiter erfüllt, aber sie bringt einen erheblichen Fortschritt gegen früher. Das Wagenmüllern wird vollständig bestritt und durch ein Strafgebietsmüßigkeit. Bei der Prüfung des Förderquantums ist seine Qualität und Menge hat ein von den Bergarbeitern gebillter Vertrauensmann der Arbeiter zugehen zu sein. Die Höhe des Strafgebotes darf im Monat den doppelten Betrag des durchschnittlichen Tageslohnes, also im Höchstfall 8 M., nicht übersteigen. Die Arbeiter hatten eine Höchststrafe von etwa 4 M. verlangt. Man kann gewiß die Strafgebote noch etwas herabzügen. Ein großer Erfolg ist die Einlegung von Arbeiter-Ausstellungen. In den Motiven wird dazu folgendes ausgeführt: 'Der vielfach von Werksbesitzern geäußerten Befürchtung, daß die Arbeiterausstellungen politische Bestrebungen verfolgen oder in sonstiger Weise den Werksverwaltungen Schwierigkeiten bereiten werden, kann eine Verächtlichung nicht abgeprochen werden. Diesen Schwierigkeiten wird aber dadurch entgegenzuwirken können, daß einerseits dem Arbeiterausstellung lediglich eine beratende oder beratende informierende Stellung zugewiesen wird, andererseits dagegen die ihm gebührende volle und freie Entscheidung über seine Maßnahmen vorbehalten wird, andererseits dadurch, daß dem Arbeiterausstellung Aufgaben und Tätigkeiten übertragen werden, die ihn vor einem zweideutigen Scheinbildern bewahren und ihm eine gewisse Betätigung gewähren.' Da der Verband-Verein die Bildung von Arbeiterausstellungen für unmöglich erklärt hatte, ist dieses Entgegenkommen der Regierung gegen die Wünsche der Arbeiter ganz besonders bemerkenswert. Zwar sind die Beschlüsse der Arbeiterausstellungen begrenzt. Die Arbeiter erhalten nicht die verlangte Grubenkontrolle, sie haben sich nur gutachtlich zu äußern. Aber der prinzipielle Streit ist zu Gunsten der Arbeiter entschieden und das Weitere wird sich an der Hand praktischer Ermögungen mit der Zeit von selbst regeln. Daß auch die Marginalarbeitszeit und die Selbstbestimmungen genau präzisiert sind und ferner das Schwächelnde geregelt ist, kann die Vergebungsnovelle nur noch sympathischer machen. Die Regierung bereitet noch eine dritte Novelle vor, die eine Reform des Knappheitswesens bringen wird.

In Südwestafrika ist der Zustand immer noch nicht unterdrückt. Die offiziellen Wähler kündigen neue Nachtrags- und Ergänzungsforderungen in Höhe von insgesamt 60 1/2 Millionen Mark an. Wie dabei das Reichsbudget befreit werden soll, wird immer unklarer. U. a. Forderungen des Kolonialdirektors sind sich die auf Veränderung von Konzentrationslagern für die Hereros. Von einer Konzentrierung der veriperten Hottentotten ist aber bis jetzt wenig zu merken. Bei jeder neuen Attacke werden sie vielmehr stets wieder in alle vier Winde auseinander getrieben, so daß es noch Jahre lang dauern kann, bis die zu Häusern und Viehställen degradierten Eingeborenen in ruhige Bahnen einlenken werden.

Das Hauptinteresse der Woche mußte sich den Ereignissen des Auslandes zuwenden. Die fortgesetzten Angriffe im österröischen Reichstrat zwingen den alten österröischen Landesverteidigungsminister Feldzeugmeister Graian Wellerstehub, der 26 Jahre seines Amtes gewaltet, zum Rücktritt. An seine Stelle trat der Korpskommandeur Feldzeugmeister Schmid. In Ungarn wird die Krisis chronisch. Ein Regierungsprogramm ist immer noch nicht genehmigt. Fiska führt die Geschäfte weiter; ihn vollends unmöglich zu machen, hat die ungarische Opposition eine Anklage wegen Verfassungsbruch gegen ihn ausgearbeitet. In Italien trat der siegreiche Politiker Giolitti mit seinem gesamten Kabinett zur größten Ueberraschung zurück. Der Eisenbahntarif wurde sofort nach dem Rücktritt des Kabinetts friedlich beigelegt. Fortis, der neue Premierminister, strebt eine Veröhnung mit der Linken an und hofft die radikal-konstitutionelle Opposition auf seine Seite zu bringen. In Macedonien tauchten wieder größere Bandenmassen auf. Angeblich sollen 800 Bulgaren unter Sarafow und Genossen die türkische Grenze überschritten haben. Die russisch-österreichische Reform-Aktion ist also als gescheitert zu betrachten. Was sich auf dem Balkan vorbereitet, wo die drei Staaten Serbien, Bulgarien und Montenegro kürzlich eine Militärfonvention abgeschlossen haben, läßt sich vorläufig nicht sagen. Der Besuch des kaiserlichen nach der Unabhängigkeit Bulgariens und der königliche freirenden Fürstin Ferdinand in Berlin und jetzt in London legt die Vermutung nahe, daß wichtige diplomatische Abmachungen für die nächste Zukunft zu erwarten sind.

Die Wahlen in Griechenland ergaben einen starken Sieg der Regierung. In Frankreich, das mit Maroko immer noch nicht ins Reine kommen kann, nahm die Deputiertenkammer das Reinesbudget an und wandte sich der Beratung des Einnahmehaushalts zu. Im englischen Unterhaus erzielte Ralston, nachdem Marine- und Seeresett genehmigt und der Oberbefehl für Irland, W. p. n. d. m. der Opposition zum Opfer gefallen, bei der Abstimmung über einen von Churchill eingebrachten Antrag gegen die Schutzvollpolitik eine Mehrheit von 42 Stimmen, so daß das Kabinett wieder für einige Zeit über Wasser erhalten hat. Die norwegische Kabinettkrisis fand ihre vorläufige Erledigung dadurch, daß Nilsen die Bil-

dung eines neuen Kabinetts übernahm. Man hatte schon allenfalls von einem Ministerium Rauten gesprochen, eine Kombination, die sich indes als unzulässig erwies. In den Vereinigten Staaten begann Roosevelt zweite Amtsperiode mit feierlicher Einführung des Präsidenten. Roosevelt hielt eine flammende Rede, die mit großer Begeisterung aufgenommen wurde und nun hat auch der Senat, der in der San Domingo-Frage anfänglich Widerstand entwickelte, unter Ausmerzung der Beziehungen zur Monroe-Doktrin das Abkommen betreffend das finanzielle Protektorat über San Domingo angenommen.

Der Jarjabte im Laufe der Woche an England die Entschädigung für die Beschädigung der Hüller Fischerflotte in Summe von 1,300,000 M. Das offizielle Publikum erlebte den völligen politisch-militärisch-administrativen Zusammenbruch. Im Innern des russischen Reiches dauern die Wirren fort. Im Kaukasus, zumal in Baku, feierte der Aufstand übertriebene Vortorien. In Wladiwostok, in Warkau und Petersburg wurden Attentate auf hohe Polizeibeamte und Militärpersonen ausgeführt. Der Zar erließ an zwei nacheinander folgenden Tagen zwei sehr prinzipiell widersprechende Kundgebungen an sein Volk. In der ersten forderte er zum Kampf gegen die Reform auf und promittierte die Selbstherrlichkeit als das einzige Ziel Russlands. In der zweiten empfahl er die Reform als das Ziel Russlands und forderte eine Beschränkung der Selbstherrlichkeit durch Einführung einer Verfassung. Das war die Kulmination politischer Hilflosigkeit, der Bankrott des Selbstherrlichertums. Die Gedächtnis der beiden Jarjabte wird wohl noch lange Zeit in Dunkel gehüllt bleiben. Die Verwirrung, als ob der Einfluss transsibirischer Bankiers, speziell aus der Kowiers, auf den Zar bei dem Erlas des zweiten Reskripts mitgewirkt habe, beruht wohl nur auf Erfindung. Nicht erfinden ist indes, daß die französische Finanzwelt der Aufnahme der neuen russischen Anleihe Schwierigkeiten entgegensetzt. Das wäre allerdings das Ende, wenn nun auch die Kreditfähigkeit des russischen Reiches in Frage gestellt würde. Mittlerweile haben die Unterhandlungen Schiedswörter mit den Arbeitern Petersburgs, nicht den geringsten Erfolg. Die Delegiertenwahlen kamen wegen des Misstrauens gegen die Polizeimiliz nicht zustande. Das Vertrauen der Arbeiter auf den Zar wird natürlich erst recht nicht dadurch wiederhergestellt, daß nun noch die gewählten Vertrauensmänner der Arbeiter verhaftet worden sind. In seiner Suche nach Hilfe greift der Jar za immer neuen Männern. So wurde erst letzter Tage Graf Soltsky zum Vorsitzenden des Ministerkomitees ernannt. Damit schien Dicht abgeklärt, doch wurde die letztere Konsequenz wieder als unrichtig bezeichnet. Es gibt eben keine Konsequenz mehr im Jarjabte. Auch die Komodie der Hochseefischerei-Flotte geht zu Ende. Es fehlt nach Dicht zurück auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz hat Feldmarschall Oyama mit seinen fünf japanischen Armeen die gemaltige Kreuzmacht Kuropatins in der schicksaligen Schlacht bei Mukden vernichtet. Japan hat endgültig die Suprematie in Ostasien errungen und dem Jarjabte die Vorken zum Gelben Meere und dem Großen Ozean gewaltig verschlossen. Nicht auf dem Gebiete äußerer Expansion, sondern auf dem Felde innerer Reform liegt der Weg, der Rußland allein noch retten kann.

## Deutsches Reich.

**Das Zentrum gibt beim Veresetzungs nach.**

Die Budgetkommission des Reichstages hat gestern die Beratung der Veresetzungsfrage beendet. Am Dienstag besann die zweite Lesung.

Zur zweiten Lesung des Budgetentwurfes über die Friedenspräsenzstärke in der Budgetkommission des Reichstages haben die Zentrumsmitglieder der Kommission den Antrag gestellt:

1. von der Friedensstärke 2000 Detonationshandwerker zu 1000 zu ernennen, die bis zum 31. März 1910 durch Stillhandwerker zu ersetzen sind. Die Verminderung der Zahl soll mit dem Erlasse eintreten.
2. Die Zahl der vorhandenen Formationen
 

bei der Infanterie . . . . .	683 Bataillone
bei der Kavallerie auf 510 Eskadrons	
bei der Feldartillerie auf . . . . .	574 Bataillone
bei der Fußartillerie auf . . . . .	40 Bataillone
bei den Pionieren auf . . . . .	29 "
bei den Telegraphen auf . . . . .	12 "
und beim Train auf . . . . .	12 "

In der Weise zu erhöhen, daß bei der Fußartillerie 10 Eskadrons von 1. April 1910 bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1912 die über in Formationen zum Schluß des Rechnungsjahres 1909 abgeben werden.

Weiter beantragte das Zentrum eine Resolution folgenden Inhalts:

'Die finanziellen Maßnahmen des Entwurfs eines Gesetzes betr. die Friedensstärke des deutschen Heeres werden mit dem Erlasse des Jahres 1907 ab zum Ausbruch gelangen.'

**Schreib Witsol in Sicherheit.**

Die Frage, wo sich der Kapitän Witsol befindet, scheint nun dahin beantwortet werden können. Das Amt für wirtsol auf britisches Gebiet entnommen ist. Das Hauptamt der Witsolener im Kaplande 'Das Land' Witsol ist bei der Erklärung englischer Meeresgebiete, daß Witsol sich auf dem britischen Gebiet der Witsolener befindet, dahin: Wenn das die Gedanken seien, die unsere Regierung befehlen, dann könnten die Deutschen mit Recht sagen: Himmel, benahre uns vor unseren englischen Freunden! In einer eingehenden Bemerkung wird mitgeteilt, daß der







